

NR. 1, MÄRZ 2023

OSTGRÜN

BULLETIN DER KANTONE SG, TG, GL, GR UND SH



- › **UKRAINE:** STATUS S – ERFAHRUNGEN UND AUSBLICK SEITE 5
- › **MOBILITÄT:** WILER ÄBTSTADT WIRD ZUR VELOSTADT SEITE 7
- › **STROMVERSORGUNG:** ENERGIEWENDE ODER NATURSCHUTZ? SEITE 12



ENERGIEWENDE

ODER NATURSCHUTZ?

LIEBE GEHT DURCH DEN GARTEN.

Ihre Lieblingspflanzen jetzt in unserer Biogärtnerei oder im biopflanzen-shop.ch

neubauer

neubauer.ch

...sorgt für Leben im Garten

MARDER IM DACH?

CURAU
WWW.CURAU.CH

Mit unserer Dämmung werden Sie ihn los!



Im Einklang mit der Natur



Guido Leutenegger
www.natur-konkret.ch

Das tier- und naturfreundlichste Label der Schweiz



COMEDIA

Katharinengasse 20, 9004 St.Gallen
Tel. 071 245 80 08, medien@comedia-sg.ch



Die Genossenschafts-Buchhandlung mit dem besonderen Angebot und dem guten Service. Auch für Bibliotheken, Schulen, Institutionen.

www.comedia-sg.ch mit unseren Buch-, Comic/Manga-, WorldMusic- und Veranstaltungstipps und dem grossen Medienkatalog mit E-Shop!

bios

für Küche, Haushalt, Bad, Garten, Kleiderschrank und Geschenksideen
Bahnhofstrasse 4 · Weinfelden
www.biosfair.ch

DEIN INSERAT IM «OSTGRÜN»

Du erreichst 1750 Mitglieder und Sympathisant*innen der GRÜNEN in der Ostschweiz.

1/8 Seite Fr. 150.00, bei drei Schaltungen 20% Rabatt, 10% Mitgliederrabatt.

sekretariat@gruene-sg.ch | sekretariat@gruene-tg.ch

Markus Allemann Naturgärten GmbH



Herzklopfen

Planung, Ausführung und Unterhalt von Naturgärten
8577 Schönholzerswilen
Telefon 071 633 29 84
www.natur-gaerten.ch



KANTONSRAT KONKRET:

WAS MICH SO BEWEGT

Liebe GRÜNE

Als ich davon erfahren habe, dass ich in den Kantonsrat gewählt wurde, war ich gerade in Deutschland – an der Blockade einer Kohlemine. Als ich dann hörte, dass Lüzérath geräumt wurde, brannte es mir unter den Nägeln.

Man fragt sich vielleicht, was denn ein grüner Kantonsrat im bürgerlich geprägten Parlament von Schaffhausen schon erreichen kann. Seit ich gewählt wurde, konnte ich jedoch bereits zu verschiedenen Anliegen einen wichtigen Beitrag leisten.

Brücken bauen zum politischen Erfolg

Mein Postulat «Mehr bewilligungsfreie Solaranlagen» mit Markus Müller (SVP) macht die Bewilligungen bei Solaranlagen einfacher und weist den Denkmalschutz in seine Schranken zurück. Mit der Motion «Zone für erneuerbare Energien» mit Mayowa Alaye (GLP) soll der Kanton künftig Nutzungszonen erstellen können und somit Windräder schneller bewilligen. Auch ein Vorstoss für mehr Biogasanlagen wurde praktisch einstimmig überwiesen. Dabei hat es sicherlich geholfen, dass im Rat nicht bekannt war, dass ich diesen verfasst habe.

Seit ich im Kantonsrat bin, habe ich kritische Fragen gestellt zu Demonstrationsrechten, der Nationalbank, einem variablem Strompreis, der Energiepolitik, PFAS, Geothermie, Verkehr, Schifffahrt und bürokratischen Hürden bei der Energiewende. Und darauf mehr oder weniger erfreuliche Antworten von der Regierung erhalten.

Zusammengefasst ist im Schaffhauser Kantonsrat schon etwas zu erreichen, aber mehr wäre besser. Wenn Du eine Idee für einen politischen Vorstoss hast, dann würde ich mich freuen davon zu hören. Denn schliesslich sind es doch Ideen für eine Welt, an welche wir glauben, die uns bewegen. Inspirieren wir uns gegenseitig, machen wir vorwärts.



Maurus Pfalzgraf
Kantonsrat Junge Grüne SH
maurus@pfalzgraf.ch



OSTGRÜN NR. 1/2023

Bulletin der GRÜNEN Ostschweiz
c/o GRÜNE Kanton St.Gallen
Postfach, 9000 St.Gallen

März 2023
Erscheint 3-mal jährlich

Auflage: 1750 Exemplare

Redaktion: Daniel Bosshard (SG), Kurt Egger (TG), Regula N. Keller (GL), Maya Cramer (GR), Roland Müller (SH)

Autor*innen: Daniel Bosshard, Kurt Egger, Markus Mauchle, Maurus Pfalzgraf, Franziska Ryser, Kaspar Schuler, Kaj Weibel, Guido Wick, Mathias Zopfi, Heidi Züblin.

Gestaltung: Daniel Bosshard

Titelbild: Panther Media GmbH/Alamy
Porträtfotos S. 5 - 7: Béatrice Devènes

Druck: Druckerei Walpen, Gossau



Bild: Marlon Trottmann

IM ROHSTOFFHANDEL

KLINGELT DIE KASSE

Während Millionen von Menschen mit höheren Lebensmittel- und Energiepreisen konfrontiert sind, profitieren andere: Den Rohstoffhändlern bescherten die hohen Preise für Kohle, Gas und Öl Rekordgewinne. Jetzt ist es Zeit für mehr Transparenz und eine faire Besteuerung dieser Übergewinne.

In der Schweiz gibt es gut 950 Firmen, die im Rohstoffhandel tätig sind. Eine kleine Zahl – doch ihre Bedeutung ist alles andere als klein. Über die Schweizer Rohstoffhändler wird die Hälfte des Getreidehandels weltweit abgewickelt, 40 Prozent der Kohle und ein Drittel des Öls. Damit gehört die Schweiz zu den grössten Rohstoffdrehscheiben weltweit.

Da die Produkte nur auf Papier gehandelt werden (Transithandel), werden sie in keiner Zollstatistik erfasst – verlässliche Zahlen über das Handelsvolumen suchte man vergeblich. Umso mehr sorgten die kürzlich publizierten Jahresgewinne für Aufsehen: Milliarden Gewinne für Vitol, Trafigura, Glencore & Co. Acht der zehn umsatzstärksten Unternehmen der Schweiz sind unterdessen im Rohstoffhandel tätig. Insgesamt generierte der Rohstoffsektor in den vergangenen Jahren eine Wertschöpfung von über 58 Milliarden Franken, was etwa 8 Prozent des BIP entspricht. Damit ist der Rohstoffsektor in seiner wirtschaftlichen Bedeutung für die Schweiz vergleichbar mit dem Finanzplatz.

Steuersenkungen statt Regulierung
Und trotzdem ist der Rohstoffhandel untererfasst und unterreguliert. Es gibt kaum Informationen darüber, wer von wem welche Rohstoffe zu welchen Preisen kauft; es gibt kein Dispositiv gegen Geldwäsche; keine Transparenz darüber, was

«Im Rohstoffhandel besteht ein erhöhtes Korruptions- und Reputationsrisiko.»

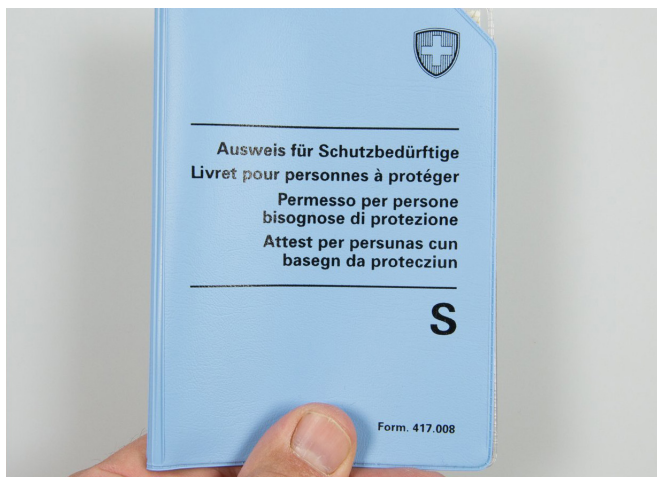
für Gelder an autokratische Regimes fließen. Sogar der Bundesrat stellt fest, dass im Rohstoffhandel ein erhöhtes Korruptions- und Reputationsrisiko besteht. Deshalb fordern die GRÜNEN eine Rohstoffmarktaufsichtsbehörde: Analog zur Finma für den Finanzmarkt könnte eine eigene Aufsichtsbehörde sicherstellen, dass kein Handel passiert mit illegalen oder illegal erworbenen Rohstoffen.

Für die massiven Übergewinne, die die Rohstoffbranche verzeichnen, schlagen die GRÜNEN zudem eine Übergewinnsteuer vor. Deutschland, Belgien, Spanien und weitere EU-Länder machen es vor. Die Milliarden Gewinne könnten beispielsweise für den Wiederaufbau in der Ukraine eingesetzt werden. Doch was tut die Schweiz? Der Bundesrat schlägt mit der «Tonnage

Tax» ein neues Steuerschlupfloch vor, mit dem Rohstofffirmen ihre Gewinne künftig noch privilegierter besteuern könnten. Wir GRÜNE werden uns in der Frühlingsession und darüber hinaus dafür einsetzen, dass der Rohstoffsektor mit Transparenz und fairen Steuern seinen Beitrag leistet – auch in Zeiten von Krieg und Krisen.



Franziska Ryser
Nationalrätin GRÜNE SG



STATUS S – ERFAHRUNGEN

UND AUSBLICK

Im März 2022 hat der Bundesrat zum ersten Mal den Status S aktiviert. Dieser ermöglicht es Flüchtlingen aus der Ukraine, in der Schweiz rasch Aufnahme und Arbeit zu finden. Das hat sich bewährt. Es ist aber nötig, Mängel zu beheben und den F-Ausweis einzubeziehen.

Der Status S wurde 1998 nach den Balkankriegen geschaffen. Er sollte ganzen Gruppen von Menschen einen vorübergehenden Schutz gewähren. Angewendet wurde er jedoch nie und noch in dieser Legislatur wurde eine Abschaffung diskutiert. Mit dem russischen Angriff auf die Ukraine und den damit verbundenen Flüchtlingszahlen war aber klar, dass der Status S die einzige Möglichkeit ist, Ukrainerinnen und Ukrainern Schutz zu gewähren. Rund 75'000 Menschen aus der Ukraine haben bis heute Zuflucht in der Schweiz gefunden, was im ordentlichen Verfahren nicht zu bewältigen gewesen wäre.

Status S hat sich bewährt

Es ist zu begrüßen, dass der Status S rasch und koordiniert mit der EU aktiviert wurde und viele Menschen von Privaten aufgenommen werden. Dies ist vielfach eine Herausforderung. Insgesamt funktioniert es aber und es hat einigen Flüchtlingen ermöglicht, in einem persönlichen Umfeld ihre Zeit in der Schweiz zu beginnen. Ebenfalls positiv ist, dass die Ukrainerinnen und Ukrainer von Beginn an arbeiten dürfen. Dass viele keine Arbeitsstelle annehmen konnten, liegt daran, dass es sich zu einem grossen Teil um Kinder

und deren Mütter handelt. Die Fremdbetreuung ist in der Ukraine deutlich besser ausgebaut als in der Schweiz, weshalb es nachvollziehbar ist, dass viele überfordert sind, rasch eine Arbeit anzunehmen. Wichtig wäre mehr Geld für Sprachkurse und eine bessere Koordination mit den Arbeitgebern.

Integration muss in den Fokus – auch bei Ausweis F

Die meisten Ukrainerinnen und Ukrainer wollen wieder in ihr Land zurück, wobei dies vielleicht für lange Zeit nicht möglich ist. Es liegt deshalb im Interesse dieser Menschen und der Schweiz, dass man der Integration hohen Stellenwert beimisst. Heute erhalten die Betroffenen nach fünf Jahren den Ausweis B; aber nur, bis der Schutzstatus aufgehoben wird. Das ist nicht zweckmässig. Nach einer so langen Dauer werden viele nicht mehr gehen können. Zwingend ist zudem, die Erkenntnisse auch bei den vorläufig Aufgenommenen aus anderen Krisengebieten mit Ausweis F anzuwenden. Bei ihnen ist die Rückkehr aufgrund der Lage in den Herkunftsgebieten häufig

langfristig unrealistisch. Integration in Gesellschaft und Arbeitsmarkt sind deshalb zentral. Dazu gehört, dass der Familiennachzug rasch möglich sein muss. Wir setzen uns ein, damit der Status S und der

Ausweis F integrationsorientiert modernisiert werden. In beiden Fällen sind die betroffenen Menschen ein Potenzial für unsere Gesellschaft.

«Integration in Gesellschaft und Arbeitsmarkt sind zentral.»



Mathias Zopfi
Ständerat GRÜNE GL



Bild: SanderStock/istockphoto

RASCHER AUSSTIEG

VON FOSSILEN ENERGIEN

Der Nationalrat behandelt im März den sogenannten Mantelerlass. Das Energie- und das Stromversorgungsgesetz werden revidiert. Die Vorlage ist von grosser Bedeutung auf dem Weg zur fossilfreien Zukunft, für eine sichere Stromversorgung und für mehr Unabhängigkeit vom Ausland.

Der letzte Herbst hat uns vor Augen geführt wie gefährlich unsere Abhängigkeit von Öl und Gas ist. Die Strom- und Gaspreise stiegen innert Monaten um das Mehrfache. Mehr als 75 Prozent unserer Energie beziehen wir nach wie vor aus dem Ausland. Das meiste davon ist fossil und trägt zur Klimaerhitzung bei. Es ist also dringend nötig, dass wir die Energiewende vorantreiben und unabhängiger vom Ausland und somit von Preisausschlägen werden.

Sichere Stromversorgung

Der Nationalrat kann in der Frühjahrs-session wichtige Meilensteine für den Ausbau der erneuerbaren Energien und die sichere Stromversorgung setzen. Zur Diskussion steht der sogenannte Mantelerlass. Die Vorlage verankert ehrgeizige Ziele. Die Energieproduktion aus Solar-, Wind- und Biomasseanlagen soll bis 2035 sechs Mal höher sein als heute. Damit dies gelingt, braucht es die passenden Instrumente. Einige davon sind im Gesetz vorgesehen.

Das grösste Potenzial ist bei den Gebäuden. Ab 2031 sollen Eigentümer*innen von Dienstleistungs- und Gewerbebauten verpflichtet werden, die geeigneten Dach- und Fassadenflächen

mit Solaranlagen auszurüsten. Dies gilt für bestehende Gebäude im Rahmen von Fassaden- und Dachsanierungen.

Der Ausbau von 15 Wasserkraftwerken wird mit raschen Bewilligungsverfahren erleichtert.

Eine weitere Vorlage sieht diese Beschleunigung für sieben baureife und gerichtlich

bestätigte Windprojekte vor. Bereits beschlossen haben die Räte den Solar-express für den Bau von alpinen Solaranlagen. Für uns GRÜNE ist wichtig, dass dabei der Natur- und Landschaftsschutz gewahrt bleibt und Ausgleichsmassnahmen wie die Schaffung von Biotopen oder die Renaturierung von Gewässern realisiert werden müssen. Ebenso muss die Möglichkeit bestehen, dass die Projekte mindestens durch ein Gericht überprüft werden können.

Sichere Stromversorgung

Mindestens so wichtig wie der Zubau von Solaranlagen sind Effizienzmassnahmen. Gemäss einer Studie des Bundesrates könnte mehr als ein Viertel des Stroms mit einfachen Massnahmen wie Ersatz von Beleuchtungen,

Pumpen, Lüftungsgeräten, Elektroheizungen, Boilern und Verhaltenstipps eingespart werden. Mit dem Gesetz werden nun die Stromunternehmen verpflichtet, jährlich bis 2 Prozent Winterstrom zu sparen. Entsprechende

Programme werden bereits heute von einigen innovativen Elektrizitätswerken umgesetzt.

«Mehr als 75 Prozent unserer Energie beziehen wir nach wie vor aus dem Ausland.»

All diese Instrumente sind ein Meilenstein, reichen aber für das Netto-Null-Ziel noch nicht aus. So fordern die GRÜNEN weitere Massnahmen wie z.B. ein Impulsprogramm für Effizienzmassnahmen und eine Solardachpflicht für alle bestehenden Gebäude.



Kurt Egger
Nationalrat GRÜNE TG



WILER ÄBTESTADT

WIRD ZUR VELOSTADT

Als MONAMO-Gemeinde von EnergieSchweiz entwickelt und initiiert die Stadt Wil neue Ansätze im Bereich der nachhaltigen und zukunftsorientierten Mobilität. Ziel ist es, dass diese in weiteren Städten der Schweiz angewendet werden.

GWI. In der Stadt Wil bewegt sich seit einigen Jahren einiges in Richtung Velo. Gründe dafür gibt es mehrere. Nicht zuletzt das Projekt MONAMO (MONAMO steht für «**Modelle nachhaltige Mo** - **obilität**») verleiht dem Velo in der Stadt Wil mehr Schub. Mit Unterstützung von EnergieSchweiz entwickelt und erprobt die Stadt Wil im Rahmen von MONAMO innovative Ansätze für eine nachhaltige und zukunftsorientierte Mobilität. Das Velo als vollwertiges Verkehrsmittel spielt dabei bei vielen Teilprojekten eine wichtige Rolle.

Nebst der Förderung von Cargobikes und Velo-Schwerlastenanhänger für Unternehmen, Private und Wohnsiedlungen werden in Wil weitere Projekte getestet. Diese umfassen



beispielsweise ein flächendeckender Velo-Hauslieferdienst für sämtliche Einkäufe in Wiler Geschäften, Easybag – ein Velo-Abholservice für recycelbaren Abfall, E-Mobility für alle Wiler Haushalte oder das flächendeckende On-Demand-Shuttle Angebot am Abend.

Wil ist mit MONAMO während fünf Jahren somit Labor für innovative Mobilitätslösungen. Von erfolgreichen Projekten können dann später alle Städte profitieren ohne Lehrgeld bezahlen zu müssen.

Stellenwert des Velos in Wil wächst
Nebst zahlreichen Verkehrsprojekten auf Versuchsebene gibt es in Wil aber auch definitive Beschlüsse fürs Velo, die für eine Stadt der Grösse Wils bemerkenswert sind. So hat das Wiler Stadtparlament einen Baukredit über 4.2 Mio. Franken für ein Veloparkhaus am Bahnhof und einen Kredit für ein Vorprojekt für ein Velotunnel über 0.8 Mio. Franken beschlossen, was in der Ostschweiz seinesgleichen sucht.

Am 17. September 2022 drehte sich in Wil alles ums Velo

Bereits im September 2019 war das Velo in Wil omnipräsent. «PEDALE», so

heisst der attraktive Velo-Event in Wil, der dazu beiträgt, dass sich in Wil an einem Tag alles ums Velo dreht. Die ersten zwei Durchführungen der «PEDALE» waren sehr erfolgreich. «PEDALE» wird alle zwei Jahre jeweils im Herbst durchgeführt. Das Velofestival soll die breite Bevölkerung und Unternehmen in der Stadt und der Region Wil motivieren – auch für den Warentransport bis 200 kg – im Alltag vermehrt aufs Velo zu setzen

Alle Infos zur «PEDALE» unter: www.pedale-wil.ch



GRÜN, LINKS, JUNG UND

POLITISCH AKTIV IM KANTON GL

Im Sommer 2020 wurde den Jungen Grünen Glarus neues Leben eingehaucht. Mittlerweile verfügt die Sektion über einen engagierten neunköpfigen Vorstand und über viele weitere Aktivmitglieder. Was motiviert die Gesichter hinter den Jungen Grünen Glarus? Die Vorstandsmitglieder geben Antwort.

Warum bist Du bei den Jungen Grünen Glarus aktiv?

Kaj: Weil die Jungen Grünen gemeinsam für eine klimaneutrale und gerechtere Zukunft eintreten und dabei sogar Spass haben. Das gemeinsame Schaffen trägt mich und gibt mir die nötige Energie, auch weiterhin für eine klimagerechte Zukunft zu kämpfen.

Ruben: Die Jungen Grünen sind eine hochmotivierte Gruppe, die ihre Energie für eine bessere Zukunft einsetzt. Sich in einer solchen Vereinigung zu engagieren, ist für mich ein riesen Privileg und erfüllt mich tagtäglich mit dem nötigen Optimismus, um in dieser von Krisen geplagten Zeit zu bestehen.

Cedric: Mein Engagement in der Partei hat zwei (Haupt-)gründe: Zum einen gibt es mir das Gefühl, für meine Zukunft einzustehen sowie etwas zu bewirken und zum anderen bilden unsere

Mitglieder einen riesigen Schatz an Wissen, von dem ich unglaublich gerne lerne.

Was motiviert Dich, in einem bürgerlichen, kleinen Kanton wie Glarus aktiv zu sein?

Eva-Maria: Gerade in einem bürgerlichen Kanton ist unser Engagement umso wichtiger. Das an anderen Orten vermeintlich Selbstverständliche muss auch hier zunächst erkämpft werden. Fordern wir das, was uns gehört: eine Politik mit Zukunft, bei der möglichst alle mitreden dürfen und ein Kanton, der die drängenden Probleme der Zeit wirklich angeht.

Leana: Hier hat eine links-grüne und queerfeministische Stimme mehr Gewicht. Mit dem Stimmrechtsalter 16 und der Landsgemeinde – der schweizweit direktesten Form von Demokratie – sind uns gute Voraussetzungen gegeben, um Probleme anzupacken und Veränderungen voranzutreiben.

Nadine: Ich finde es besonders motivierend, mich in einem kleinen Kanton wie Glarus zu engagieren, weil das Wirken einzelner Personen sichtbarer ist. Der Austausch ist direkter und das Potenzial für parteiübergreifende Zusammenarbeit möchte ich in Zukunft gerne nutzen.

Obere Reihe v.l.n.r.: Eva-Maria, Kaj, Leana, Ruben, Gloria; Untere Reihe v.l.n.r.: Freddie, Nadine, Cedric, Sven.

Wenn Du wünschen könntest: Wie sieht Dein Kanton Glarus der Zukunft aus?

Sven: In meinem zukünftigen Glarus haben wir Kostenwahrheit, damit wir nicht mehr auf Kosten anderer leben und eine Grundsicherung, welche die Grundbedürfnisse absichert. Bedingungslos und für alle, die bei uns leben.

Freddie: In meinem Glarus der Zukunft haben wir in Sachen Klimapolitik eine Vorreiterrolle und sind der erste klimaneutrale Kanton der Schweiz. Ich wünsche mir einen noch mutigeren und experimentierfreudigeren Kanton Glarus.

Gloria: Für den Kanton Glarus wünsche ich mir, dass vorhandene Stärken weiter genutzt werden. Wichtig finde ich vor allem ein inklusiveres Stimmrecht, sodass nicht nur Junge, sondern auch Ausländer*innen und Menschen mit Behinderung an der kantonalen Politik teilnehmen können.





BÄUME SCHÜTZEN –

LEBENSQUALITÄT ERHALTEN

Am 12. März entscheiden die Stimmberechtigten der Stadt St.Gallen über die Ausdehnung des bestehenden Baumschutzes aufs ganze Stadtgebiet. Ein dichter Baumbestand zwischen den Häusern ist eines der effizientesten Mittel gegen die starke Erhitzung der Stadt als Folge der Klimakrise.

MMA. Bäume sind die Klimaanlage der Stadt. Sie sind Lebensraum für viele Tiere, prägen unsere Stadt und unsere Quartiere und federn die Klimakrise ab. Mit diesen Argumenten wirbt das Komitee für die Ausdehnung des Baumschutzes für ein Ja am 12. März. Das Komitee setzt sich zusammen aus den Umweltverbänden sowie den linken und grünen Parteien inklusive der jeweiligen Jungparteien.

Seit rund 50 Jahren gibt es im Zonenplan der Stadt St.Gallen «Gebiete

mit schutzwürdigen Grünflächen mit Baumbestand». Wer hier einen grossen Baum (Umfang mind. 80 cm, 1 m über dem Boden gemessen) fällen will, muss eine Bewilligung beantragen. In allen anderen Gebieten dürfen Grundeigentümer*innen Bäume uneingeschränkt fällen. Die Schutzgebiete decken weniger als ein Viertel der gesamten Siedlungsfläche ab. Das ist nicht mehr zeitgemäss.

«Die Leistung von grossen Bäumen geht weit über die Grenzen einer Liegenschaft hinaus.»

weit über die Grenzen einer Liegenschaft hinausgeht und für die Lebensqualität aller Stadtbewohner*innen von grosser Bedeutung ist, kann nicht allein auf die Eigenverantwortung der

Grundeigentümer*innen abgestellt werden.

Die Erfahrung zeigt leider, dass immer wieder Bäume aus fahrlässigen Gründen gefällt werden, z.B. um die Kosten für die Umgebungspflege zu senken. Wird ein Fällgesuch eingereicht, können Fachleute die Eigentümer*innen beraten und gemeinsam mit ihnen nach Lösungen suchen, die ohne Fällung eines Baumes auskommen. Eine bauliche Entwicklung ist auch mit einem strengeren Baumschutz möglich, wie man anhand der Städte Basel, Bern und Luzern sehen kann.

Mehr Infos unter:
www.baumschutz-ja.ch



Ratsreferendum wurde ergriffen

Das Stadtparlament hat deshalb im Mai 2022 einer Vorlage des Stadtrats mit grosser Mehrheit zugestimmt, die den Baumschutz auf das ganze Siedlungsgebiet ausdehnt. Die FDP, als Vertreterin des Hauseigentümergebietes HEV, beantragte daraufhin das Ratsreferendum. Dieser Antrag wurde mit dem Minimum der benötigten Anzahl von 21 Stimmen angenommen. Die Gegner*innen des Baumschutzes verweisen auf die Eigenverantwortung und befürchten, dass die bauliche Entwicklung behindert wird.

Da die Leistung von grossen Bäumen



SEKTIONEN NOMINIEREN

IHRE KANDIDIERENDEN

Das Wahljahr 2023 ist definitiv lanciert. Wahltermin ist der 22. Oktober 2023. Mehrere Kantonalparteien haben ihre Kandidat*innen nominiert. OSTGRÜN wird nach den Sommerferien eine Sonderausgabe herausgeben und alle Kandidierenden vorstellen.

Glarus

Die GRÜNEN Glarus schicken den bisherigen Mathias Zopfi (1983), Rechtsanwalt und Notar, wieder ins Rennen um einen Ständeratssitz. Der Kanton Glarus hat nur einen Sitz im Nationalrat. Die GRÜNEN werden keine weiteren Kandidat*innen nominieren.

Graubünden

Die GRÜNEN Graubünden haben ihre Nationalratskandidat*innen nominiert: Anita Mazzetta (1963), Geschäftsleiterin WWF, Chur; Nicolas Zogg (1982), Umweltingenieur, Scharans; Anna Gredig (1979), Landwirtin, Thalkirch; Armando Lenz (1985), Geschäftsführer Pro Natura, Rodels; Simon Gredig (1993), Geschäftsführer Pro Velo, Chur.

Auf der Liste der Jungen Grünen sind: Agrena Schuler (2004), Schülerin, Malans; Gabriel Reiber (2002), Grafiker, Chur; Celine Hulliger (2005), Chemielaborantin, Ruschein; Loris Niethammer (2003), Schüler, Chur; Gianna Catrina (2001), Studentin, Haldenstein.

Die GRÜNEN Graubünden kandidieren nicht für den Ständerat.

Schaffhausen

Für den Nationalrat ist Daniel Raschle (1973), Sozialarbeiter aus Schaffhausen nominiert worden. Noch offen ist die zweite Nationalrats- und die Ständeratskandidatur sowie die Liste der Jungen Grünen.

St.Gallen

Die Nominationsversammlung der GRÜNEN und Jungen Grünen St.Gallen findet Ende März statt. Es werden insgesamt vier Listen mit je 12 Kandidierende zur Nomination vorschlagen.

Thurgau

Die GRÜNEN Thurgau haben ihre Nationalratskandidat*innen nominiert: Kurt Egger (1956), bisher, Energiefachmann, Eschlikon; Sandra Reinhart (1967), Umweltfachfrau, Amriswil; Peter Dransfeld (1965), Architekt, Ermatingen; Karin Bétrisey (1971), Raumplanerin, Kesswil; Simon Vogel (1993), Elektroingenieur, Frauenfeld; Cornelia Hauser (1967), Naturheilpraktikerin, Weinfelden.

Eine Ständeratskandidatur wird noch nominiert. Ebenso eine Liste der Jungen Grünen und eine Senior*innenliste.

SPOTS THURGAU

Abstimmung über den Energiefonds

Am 18. Juni stimmen auch die Thurgauer*innen über eine Energievorlage ab. Der Kanton Thurgau verfügt über einen Energiefonds, der allerdings bei 22 Millionen Franken gedeckelt ist. Ein Vorstoss der GRÜNEN will diesen Deckel aufheben, damit die in jüngster Zeit explodierende Anzahl an Fördergesuchen und diverse Grossprojekte weiterhin unterstützt werden können. Alle Parteien stehen hinter der Vorlage ausser die SVP, die – wie auf nationaler Ebene – das Referendum ergriffen hat. Damit wir in der Klimapolitik weiterkommen, ist ein starkes Zeichen und ein überwältigendes JA an der Urne ausserordentlich wichtig.

Erfolgreiche Thurgauer Kommunalwahlen

Die GRÜNEN Thurgau können Erfolge verbuchen. Die OSTGRÜN-Redaktion gratuliert Beni Braun zur Wahl als Gemeindepräsident von Eschlikon, Sandra Reinhart zur Wahl in den Stadtrat von Amriswil und Mathis Müller in den Gemeinderat von Pfyn. In Weinfelden hat es für Cornelia Hauser leider nicht ganz in den Stadtrat gereicht.



VIER MILLIONEN FRANKEN

FÜR DIE BIODIVERSITÄT

2019 konnte die von den GRÜNEN TG lancierte Biodiversitätsinitiative mit über 5'200 Unterschriften eingereicht werden. Vier Jahre später kann nun geerntet werden. Der Grosse Rat genehmigte zusätzliche vier Millionen Franken und der Regierungsrat verabschiedete eine Biodiversitätsstrategie.

KEG. Der Rückgang der Biodiversität ist besorgniserregend, denn Biodiversität ist die Grundlage der Ökosystemleistungen, ohne die unser Leben und Wirtschaften nicht möglich sind. Aber auch Faktoren wie Erholung, Tourismus, Standortqualität, Heimatgefühl verdanken wir der Natur. Besonders deutlich zeigt sich der Artenrückgang bei den Insekten. Gemäss einer repräsentativen Studie gingen die Insekten in den vergangenen 27 Jahren um rund 75 Prozent zurück. Das ist höchst alarmierend, denn Insekten sind Grundlage für stabile Ökosysteme. Sie sind unverzichtbare Helfer der Landwirtschaft und Nahrung für Vögel und Fische.

Kantonale Volksinitiative

Dieser Zustand hat die GRÜNEN 2019 bewogen, eine Initiative zu starten. Mit CVP, EVP, GLP, FDP, SP, Umweltverbänden und kirchlichen Kreisen konnten wichtige Partner*innen an Bord geholt werden. Die Initiative verlangte die Erarbeitung einer Biodiversitätsstrategie und zusätzliche Mittel von drei bis fünf Millionen Franken (Verdoppelung der bisherigen Mittel). Nach diversen Beratungen im Grossen Rat erfolgte die Schlussabstimmung im Oktober 2022

– mit dem Glanzresultat von 105 Ja- zu 9 Nein-Stimmen. Und für das Budget 2023 sind zusätzliche vier Millionen Franken gesprochen worden.

Biodiversitätsstrategie und Massnahmen

Parallel erarbeitete der Regierungsrat eine Biodiversitätsstrategie und Massnahmen. Sie richtet den Fokus auf das, was die heutigen und die nächsten Generationen an Naturwerten und Ökosystemleistungen benötigen: Intakte und vielfältige Lebensräume sowie ein breites Spektrum an Arten und genetischer Vielfalt.

Die Schwerpunkte sind: Wichtige Lebensräume schützen, aufwerten und bedarfsgerecht ergänzen, funktionale Vernetzung der Lebensräume sicherstellen, prioritäre und gefährdete Arten sowie die genetische Vielfalt gezielt fördern und gesellschaftliche Verantwortung für die Biodiversität stärken. Die Strategie wird in Vierjahres-Etappen umgesetzt. Pro Etappe gibt es einen separaten Massnahmenplan, der sich nach den aktuellsten Erkenntnissen zum Zustand der Biodiversität im Kanton richtet. Damit wird sichergestellt, dass die für die Biodiver-

sität zur Verfügung gestellten Mittel koordiniert dort eingesetzt werden, wo sie am meisten Wirkung entfalten. Der erste Massnahmenplan enthält 25 Massnahmen. Sie sollen ihre Wirkung im Siedlungsgebiet, im Wald, im Kulturland, an den Gewässern und in den Naturschutzgebieten entfalten. Beispiele sind die Aufwertung von Naturschutzgebieten und Waldrändern oder die ökologische Pflege von Strassenböschungen und kantonalen Bauten und Anlagen.





ENERGIEWENDE ODER NATURSCHUTZ?

Unter dem Druck der nötigen Abkehr von den fossilen Energien gibt es aktuell in allen Parteien eine Priorität: Die Schweiz braucht mehr eigene Kilowattstunden aus erneuerbarer Energie. Zurzeit drohen jedoch politische Willkür und massive Einschnitte in den Biodiversitätsschutz.

KSC. Dass die Klimakrise endlich angegangen wird, ist nur zu begrüßen. Doch eine zweite Existenzbedrohung kommt hinzu: die Biodiversitätskrise. Wir leben mitten in einem globalen Artensterben, weshalb die Biodiversitäts-Konferenz im Dezember eindringlich zum Schutz von 30 Prozent aller Meeres- und Landesfläche aufrief. Die Schweiz hat diese Verpflichtung mitunterzeichnet, als Schlusslicht Europas aber nur 2.2 Prozent der Landesfläche unter strengen Biotopschutz gestellt. Jetzt will die Elektrizitätsindustrie die Gunst der Stunde nutzen und diesen Naturjuwelen an den Kragen.

Der Ständerat gab letzten Herbst vor, dass Solar-, Wasser- oder Windkraftwerke möglichst schnell, einfach, allorts gebaut werden können. Zwar war seither die Umwelt- und Energiekommission des Nationalrates (UREK-N) nach hartem Ringen eine Rille vorsichtiger und will die nationalen Biotope vor Energieanlagen freihalten. Der Alpenkonvention, dem 30 Jahre alten Nachhaltigkeitsvertrag aller acht Alpenländer, widerspricht das Gesamtpaket, dieser Mantelerlass, weiterhin.

Klimaschutz mit der Baggerschaufel
Auch das nationale Aueninventar soll in seiner Schutzwirkung eingeschränkt

und künftig weitere, national bedeutende Gletschervorfelder und alpine Schwemmebenen nicht mehr vor Eingriffen abgesichert sein. Der Bau von Hochspannungsleitungen, Trafostationen, Wasser-, Wind- und

Titelbild: Die unberührte Val Curciusa in Graubünden. Seit 30 Jahren droht ein Pumpspeicherkraftwerk, weshalb sie bis heute im Inventar der alpinen Auen fehlt (Foto: K. Schuler).

Photovoltaikanlagen soll genau dort ermöglicht werden, wo flaumig zarte Wollgrasbüschel im Bergwind zittern und den Wandernden auf bezaubernde Art den Wert der Biodiversität vermitteln.

Zwei Nationalrät*innen aus der Ostschweiz halten dagegen

Zwei Ostschweizer Nationalrät*innen in der UREK-N haben die Zeichen der Zeit erkannt: Kurt Egger aus dem Thurgau und Martina Munz (SP) aus Schaffhausen. Dank ihnen kommen wichtige Minderheitsanträge Mitte März ins Nationalratsplenum. Der Ausgang dieses Showdowns ist mehr als ungewiss.

Was wir GRÜNE also brauchen, ist eine Auseinandersetzung zum Wert der Biodiversität, gerade in energiepolitisch heißen Zeiten. Wir aus Graubünden haben das zusammen mit den Walliser GRÜNEN in einer Resolution am Jahresende eingefordert. Ende März soll nun die Diskussion an der nationalen Delegiertenversammlung stattfinden.

umfassendes Tee- & Kräutersortiment
pflanzliche Rohstoffe & Grundnahrungsmittel

transparent & verantwortungsbewusst
plastikfrei oder unverpackt
überwiegend bio & vegan
seit 2000 bio zertifiziert



10 % Kennenlern-Rabatt
mit Code OstGruen

online oder Ladeneinkauf
teewerk.ch Meierhofstr. 14 8274 Tägerwilten 071 667 09 03



WIE DÜRFEN MENSCHEN

MIT BEHINDERUNGEN WOHNEN?

Menschen mit einer Behinderung, die selbstbestimmt wohnen möchten, gibt es einige im Kanton Schaffhausen. Jedoch fehlt es an inklusivem Wohnangebot oder anderweitiger Unterstützung, wie es Ihnen gemäss UNO-Behindertenrechtskonvention zustehen würde.

Seit 2004 gibt es in der Schweiz das Gleichstellungsgesetz (BehiG) mit dem Ziel, Menschen mit einer Behinderung nicht zu diskriminieren. 2014 hat die Schweiz zudem die UNO-Behindertenrechtskonvention (UNBRK) ratifiziert. Die UNBRK hält in Artikel 19 fest: «[...] dass Menschen mit Behinderung gleichberechtigt die Möglichkeit haben [...] zu entscheiden, wo und mit wem sie leben, und nicht verpflichtet sind, in besonderen Wohnformen zu leben.»

Wer in Schaffhausen eine Behinderung hat, lebt entweder in einer Institution für Menschen mit einer Behinderung, in einer Wohngruppe oder in der eigenen Wohnung mit einem Assistenzbeitrag der Invalidenversicherung (IV).

Aktiv und selbstbestimmt leben

Zwei junge Brüder aus der Region, beide nutzen einen Rollstuhl, suchten kürzlich u.a. via Facebook Personal, um mit Assistenz in der eigenen Wohnung zu leben. Die beiden sind ein gutes Beispiel dafür, wie sich Menschen mit einer Behinderung heute in die Gesellschaft einbringen – dem Suchinserat ist zu entnehmen, dass sie aktiv sind, Sport treiben, Konzerte besuchen und im sogenannten ersten Arbeitsmarkt

arbeiten. Sie sind nicht die einzigen jungen Menschen mit einer Behinderung, die so leben möchten wie es die meisten von uns tun – aktiv und selbstbestimmt.

Wenn jemand mit einer Behinderung nicht in einer Institution leben möchte und keinen Assistenzbeitrag der IV erhält, ist es schwierig selbstbestimmt zu wohnen. Es gibt im Kanton keine Angebote ausserhalb von Institutionen und deren Wohngruppen.

Auf Unterstützung angewiesen

Es sind unbestritten gute Wohnheime und es arbeiten engagierte Menschen dort. Trotzdem ist eine Person mit Behinderung als Bewohner*in immer darauf angewiesen, dass sich jemand findet, der sie in alltäglichen Anliegen (Konzert- oder Kinobesuch, später ins Bett gehen etc.) unterstützt – und dafür auch genügend Personal vorhanden ist. Sogar wer in der eigenen Wohnung leben will und auf Hilfe der Spitex angewiesen ist, muss sich unter Umständen danach richten, wann die Spitex Zeit hat. Auch stehen die Dienste der Spitex nicht immer zum gewünschten Zeitpunkt zur Verfügung, beispielsweise spätabends.

Es fehlt an inklusivem Wohnangebot

Was im Kanton Schaffhausen fehlt und dringend zu realisieren ist, ist ein inklusives Wohnangebot wie es zum Beispiel der Verein «leben wie du und ich» im Kulturpark in Zürich anbietet. Menschen mit und ohne Behinderung leben gemeinsam in Wohnungen in einem grösseren Wohnkomplex. Dies wäre beispielsweise auch in der Stahlgießerei in Schaffhausen vorstellbar. Menschen mit einer Behinderung wählen selbst aus, mit wem sie zusammenleben möchten oder wer ihnen Hilfe leisten soll.

Menschen mit einer Behinderung, die selbstbestimmt wohnen möchten, gibt es mit Sicherheit einige im Kanton Schaffhausen. Das Recht darauf hätten sie gemäss UNBRK. Die Förderung dazu fehlt allerdings.

Heidi Züblin
Sozialarbeiterin im Bereich
Menschen mit Behinderung



ABSTIMMUNGEN VOM

18. JUNI 2023

Am 18. Juni steht die wichtigste Abstimmung des Jahres an. Das Klimaschutzgesetz verankert das Netto-Null-Ziel und stellt Geld für Massnahmen zur Verfügung. Zudem stimmen wir über die OECD-Mindestbesteuerung ab. Die OSTGRÜN-Redaktion gibt einen Überblick mit Abstimmungsempfehlung.

Ja zum Klimaschutzgesetz

Das Gesetz ist entscheidend, um die Klimapolitik in der Schweiz endlich voranzutreiben. Denn in den fünf Jahren seit der Unterzeichnung des Pariser Klimaabkommens ist die Schweizer Klimapolitik kaum vom Fleck gekommen. Wenig überraschend hat die SVP als verlängerter Arm der Auto- und Erdöllobby das Referendum dagegen ergriffen.

Mit dem Klimaschutzgesetz wird das Ziel von Netto-Null-Treibhausgasemissionen bis 2050 endlich gesetzlich verankert. Für Industrie, Verkehr und Gebäude werden Reduktionsziele gesetzlich festgeschrieben. Zusätzlich beinhaltet das Gesetz konkrete Massnahmen wie ein Investitionsprogramm für den raschen Ersatz von veralteten Öl-, Gas- und Elektroheizungen. Dafür stehen jährlich 200 Millionen Franken zur Verfügung.

Das Gesetz verpflichtet Bund und Kantone dazu, die notwendigen Massnahmen zur Anpassung an und zum Schutz vor den nachteiligen Auswirkungen des Klimawandels zu ergreifen. Und der Bund muss dafür sorgen, dass der Schweizer Finanzplatz einen ef-

fektiven Beitrag zur emissionsarmen und gegenüber dem Klimawandel widerstandsfähigen Entwicklung leistet. Die zentrale Bundesverwaltung muss bis zum Jahr 2040 mindestens Netto-Null-Emissionen aufweisen. Dabei werden neben den direkten und indirekten Emissionen auch die Emissionen berücksichtigt, die vor- und nachgelagert durch Dritte verursacht werden.

Hier geht's zum Erklärvideo:



Nein zur OECD-Mindestbesteuerung

Im Rahmen der OECD haben sich rund 140 Staaten auf neue Regeln der Unternehmensbesteuerung geeinigt. Neu sollen grosse, international tätige Konzerne mit einem Umsatz von mehr als 750 Millionen Euro mindestens 15 Prozent Steuern auf ihren Gewinn entrichten. Die Umsetzung dieser globalen Mindeststeuer in der Schweiz erfolgt durch die Einführung einer Ergänzungssteuer für Unternehmen mit

mindestens 750 Millionen Euro Umsatz, die heute weniger als 15 Prozent Gewinnsteuer bezahlen. Alle anderen Unternehmen sind von dieser Reform nicht betroffen. Die Ergänzungssteuer wird zu zusätzlichen Einnahmen in Höhe von rund 1 bis 2.5 Milliarden Franken führen. Diese Einnahmen gehen zu 75 Prozent an die Kantone. Die übrigen 25 Prozent der Einnahmen stehen dem Bund zu.

Aus Sicht der GRÜNEN ist der international festgelegte Mindeststeuersatz von 15 Prozent zu tief angesetzt, um die Ungerechtigkeiten des globalen Steuersystems zu beheben. Mit dem vorliegenden Vorschlag (Verteilschlüssel 75:25) verbleibt ein Grossteil der Einnahmen in wenigen Tiefsteuernkantonen mit einer hohen Dichte an grossen Unternehmen. Gleichzeitig ist die Einführung einer globalen Mindeststeuer ein historischer Fortschritt im Kampf für mehr Steuergerechtigkeit.

ABSTIMMUNGSEMPFEHLUNG

der OSTGRÜN-Redaktion:

JA zum Klimaschutzgesetz

NEIN zur OECD-Mindestbesteuerung



NACHGEFRAGT BEI

DIEGO MÜGGLER

Diego Müggler wurde im Februar 2022 überraschend in den Gemeinderat von Steinach SG gewählt. Er erzählt uns, wie er sein erstes Jahr als jüngstes Gemeinderatsmitglied erlebt hat, was sein persönlicher Höhepunkt war und wie er in seiner Freizeit von der Politik abschaltet.

Wie war dein 1. Jahr als Gemeinderat?

Mein erstes Jahr im Gemeinderat fand ich enorm spannend. In meiner Exekutivfunktion habe ich Einblick in verschiedenste Geschäfte der Gemeinde Steinach. Davon konnte und kann ich immer noch sehr viel mitnehmen.

Was war bisher dein persönlicher Höhepunkt im Gemeinderat?

Ich durfte die Jungbürgerfeier in Steinach organisieren und durchführen. Dies war sehr speziell, da mein eigener Jahrgang zum Kreis der Jungbürger*innen zählte. Anschliessend setzte ich mich erfolgreich dafür ein, dass künftig auch volljährige Ausländer*innen zur Feier eingeladen werden.



Was sind deine wichtigsten politischen Anliegen für Steinach?

Ich setze mich stark für die junge Generation ein. Dies betrifft zum einen eine proaktive Jugendarbeit, zum anderen aber auch, dass wir als Gemeinde versuchen, mit jungen Leuten in den Kontakt zu treten und diese zu fördern.

Wie bringst du Studium und Politik unter einen Hut?

Ander Studierende arbeiten ebenfalls neben dem Studium. Sozusagen ist der Gemeinderat mein äusserst spannender Nebenjob.

Wie schaltest du von der Politik und vom Studium ab? Hast du überhaupt noch Zeit für Freizeit?

Einen grossen Teil meiner Freizeit verbringe ich als Leiter in der Pfadi und mit Fussball. Der Sport und das Zusammensein mit Pfadifreund*innen sowie das Engagement dort stellen für mich einen wichtigen und tollen Ausgleich dar.

Du bist als Parteiloser angetreten und vor wenigen Monaten den GRÜNEN beigetreten. Was hat dich von der grünen Politik überzeugt?

Ich setze mich für eine Weltgemeinschaft ein, von der nicht nur ich als privilegierter Schweizer, sondern alle Menschen – heute wie auch in Zukunft – profitieren können. Die GRÜNEN bieten die Lösungen, welche uns in die Richtung einer solchen Welt bringen.

Die Redaktion des OSTGRÜN wünscht Diego Müggler weiterhin viel Freude und Erfolg in seinem Amt!

ZUR PERSON

Diego Müggler hat Jahrgang 2003 und ist in Steinach am Bodensee aufgewachsen. Er studiert Politikwissenschaften und Geografie an der Universität Zürich.

Als 18-Jähriger wurde Diego am 13. Februar 2022 als Parteiloser in den Gemeinderat von Steinach gewählt. Im darauffolgenden November trat er dann den GRÜNEN bei, mit denen er bereits vorher sympathisierte.

Neben der Politik ist Diego auch anderweitig sehr engagiert: Beim FC Steinach ist er Aktivmitglied sowie Spielleiter im Bereich Kinderfussball. Des Weiteren ist er Stufenleiter bei der Pfadi Arbor Felix und Redaktionsleiter der Pfadizeitschrift.



2023 werden die GRÜNEN Schweiz 40 Jahre alt. Das wollen wir gemeinsam feiern! Wir feiern unsere Wurzeln in der Umwelt-, der Frauen- und der Friedensbewegung der 60er- und 70er-Jahre. Unser Durchhaltevermögen, unsere politischen Erfolge und unseren Zusammenhalt bei politischem Gegenwind. Unsere Vorreiterrolle in der Klima- und der Gleichstellungspolitik und den Mut unserer früheren und heutigen Politiker*innen. Unser Engagement auf der Strasse und im Parlament – vom Gemeindehaus bis zum Bundeshaus.

Nicht zuletzt feiern wir den tiefgrei-

fenden Wandel, für den wir uns seit 40 Jahren einsetzen: Für einen gesunden Planeten, für eine solidarische Gesellschaft, für den Ausstieg aus dem fossilen Zeitalter.

Die GRÜNEN – das sind unzählige engagierte Menschen, die sich für eine solidarische Welt einsetzen. Mit diesem Fest wollen wir all diesen Menschen **DANKE** sagen!

Stossen wir gemeinsam auf 40 Jahre GRÜNE an: **Am 13. Mai ab 17 Uhr im Bierhübli in Bern.** Melde dich jetzt an unter: <http://bit.ly/3IWysII>

OSTGRÜNE:

ANSCHLUSS FINDEN

Kantonalparteien

- GRÜNE Glarus
Ennetbühlerstr. 3
8755 Ennenda
www.gruene-gl.ch
sekretariat@gruene-gl.ch
- GRÜNE Graubünden
Bungertweg 16
7206 Igis
079 820 71 99
www.gruene-gr.ch
info@gruene-gr.ch
- GRÜNE Schaffhausen
Brünigstrasse 7
8200 Schaffhausen
www.gruene-sh.ch
info@gruene-sh.ch
- GRÜNE St.Gallen
Postfach
9000 St.Gallen
071 244 00 58
www.gruene-sg.ch
sekretariat@gruene-sg.ch

- GRÜNE Thurgau
Barbara Imholz, Aspenstr. 6
8580 Sommeri
071 410 06 01
www.gruene-tg.ch
sekretariat@gruene-tg.ch

OSTGRÜN, Redaktion und Inserate

- Kurt Egger, Präsident GRÜNE TG
079 207 84 37
kurt.egger@gruene-tg.ch
- Daniel Bosshard, Präsident GRÜNE SG
079 846 63 98
daniel.bosshard@gruene-sg.ch

Redaktionsschluss Ausgabe 2/23
1. Juni 2023

AGENDA OSTGRÜN

Details siehe Webseiten Kantonalparteien.

Glarus

- www.gruene-gl.ch
- Mittwoch, 5.4. 19.30 Uhr Hauptversammlung, Restaurant Trigonella, Ennenda

Graubünden

- www.gruene-gr.ch
- aktuell keine Termine geplant

Schaffhausen

- www.gruene-sh.ch
- Donnerstag, 4.5. Generalversammlung GRÜNE SH

St.Gallen

- www.gruene-sg.ch
- Mittwoch, 15.3. Mitgliederversammlung GRÜNE Linth
 - Freitag, 17.3. 19.00 Uhr Ordentliche Mitgliederversammlung GRÜNE prowil, Aula Kirchplatzschulhaus, Wil
 - Freitag, 24.3. Nominationsversammlung für die Nationalratswahlen in St.Gallen
 - Mittwoch, 29.3. 19.00 Uhr Infoabend im Werdenberg, Buchserhof, Buchs SG
 - Freitag, 28.4. 18.00 Uhr Hauptversammlung GRÜNE Stadt & Umgebung St.Gallen, Aula
 - Samstag, 6.5. 9.30 Uhr Ordentliche Mitgliederversammlung GRÜNE SG, BWZ Toggenburg, Wattwil
 - Mittwoch, 15.5. 19.15 Uhr Mitgliederversammlung GRÜNE Wil-Land im Rest. Steinbock, St.Gallerstrasse 24, Flawil
 - Dienstag, 23.5. 19.30 Uhr Hauptversammlung Region Rorschach im Schilte Sechsi, Engelgasse 6, Rorschach

Thurgau

- www.gruene-tg.ch
- Donnerstag, 20.4. 19.30 Uhr Mitgliederversammlung GRÜNE TG im Bezirk Münchwilen

Ostschweiz und National

- Sonntag, 12.3. Ständerats-Ersatzwahl SG
- Samstag, 25.3. DV der GRÜNEN CH, Olten
- Montag, 10.4. Internationaler Bodensee-Friedensweg, Heiden AR
- Samstag, 13.5. 40 Jahre GRÜNE CH
- Samstag, 26.8. DV der GRÜNEN CH, Bern